



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay

Auf einen Blick

- › Der Amtsantritt von Donald Trump macht deutlich, dass alte Gewissheiten keine Gültigkeit mehr haben. Die lange beschworene transatlantische Partnerschaft geht mit schnellen Schritten dem Ende entgegen. Ein „Dealmaker“ sitzt im Oval Office, der an der Nato wenig Interesse hat.
- › Der Auftritt von Vizepräsident J.D. Vance in München führt Europa vor Augen, dass das Ende der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs geltenden Pax Americana eingeläutet wurde. Europa muss sich schnell selbst um seine Verteidigung bemühen. Eine Neuaufstellung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik ist dringend geboten.
- › Die Demokratie ist weiterhin in Gefahr, ausgehöhlt zu werden. Populistische Parteien versprechen ihren Wählern die „wahre“ Demokratie. Das Aufgreifen populistischer Themen durch die Parteien der Mitte erweist sich nicht als geeignete Maßnahme zu deren Eindämmung.
- › Die Warnungen, man befinde sich „5 vor 1933“ sind wenig hilfreich. Entwicklungen im 21. Jahrhundert mit Rückgriff auf alte Deutungsmuster erklären zu wollen, bringt nichts. Wichtig bleibt weiterhin, den Geschichtsverfälschungen der Neuen Rechten wirksam entgegenzutreten. Daraus ergibt sich die Frage, ob man die Erinnerungskultur in Deutschland neu ausrichten soll.

Inhaltsverzeichnis

In der Debatte: Trump 2.0 – Start in einen „national globalism“?.....	2
In der Debatte: Sicherheit in Europa – Vom Partner zum Vasallen?.....	4
In der Debatte: Demokratie und Populismus.....	7
In der Debatte: Erinnerungskultur.....	8
Rezensionen	10
Impressum.....	14

In der Debatte: Trump 2.0 – Start in einen „national globalism“?

Im Gespräch mit dem *Handelsblatt*¹ urteilt *Niall Ferguson*, die Politik Donald Trumps gleiche einem „New Deal in die entgegengesetzte Richtung“, weise schon jetzt eine „viel tiefgreifendere Veränderung“ auf als vor acht Jahren und sei „eine Kombination aus den Ideen von Ronald Reagan und William McKinley“. Konfliktreich werde die Beziehung zu China sein, zum einen wegen der von Trump eingeleiteten Politik der Strafzölle, die China sich nicht gefallen lassen werde, zum anderen wegen des Konflikts um Taiwan. Auf eine militärische Konfrontation seien die USA keinesfalls vorbereitet, es fehlten ausreichende Seestreitkräfte. Hier werde auch eine Trennlinie zwischen der MAGA-Bewegung und den Technokraten um Elon Musk sichtbar: „Die Falken in der Trump-Administration könnten einen Showdown mit China riskieren. Die Tech-Leute möchten dagegen eine andere Richtung einschlagen, weil der chinesische Markt etwas ist, von dem sie immer noch träumen.“

Thomas Mayer urteilt in der *Welt am Sonntag*², mit dem Amtsantritt Trumps werde deutlich, man sei in eine „längst vergangen geglaubte Welt zurückgefallen“, in die von Thomas Hobbes, in der der Krieg alle gegen alle herrschte: „Mit dem Aufstieg des totalitären Chinas zur Weltmacht und der Bildung eines aggressiven Mafiastaats aus den Trümmern des Sowjetimperiums in Russland kam Hobbes' Welt zurück. Donald Trump ist nicht der ursächliche Zerstörer der Pax Americana, sondern die Folge der von den anderen Mächten orchestrierten Zeitreise in die Vergangenheit. Dabei verhalf die Zerstörung der liberalen Ordnung in den USA durch den ‚Wokeismus‘ Trump zum Aufstieg. Der Verlust der Demokratischen Partei, die sich von der woken Ideologie mitreißen ließ, ist viel größer als es im Wahlergebnis zum Ausdruck kommt. Es ist die totale Niederlage im Kulturkampf.“

Besorgt zeigt sich *Jonathan Levy* im Interview mit dem *Handelsblatt*³ über die möglichen Folgen der erneuten Amtsübernahme von Donald Trump und weist darauf hin, dass die Grenzen zwischen Demokratie und Autokratie fließend seien: „Meine größte Sorge ist, dass Trump Maßnahmen ergreift, die über seine verfassungsmäßig begrenzten Befugnisse als Präsident hinausgehen, und dass Mitglieder seiner Regierung nach Wegen suchen, diese Handlungen zu legalisieren, was Konsequenzen für seine, aber auch künftige Regierungen haben wird. Die USA könnten so in einer Halbgesetzlosigkeit leben, die sich dann schleichend normalisiert.“ Trump selbst sei nur schwer einzuschätzen, da ihm das „ideologische Fundament“ fehle, er strebe „Macht um der Macht willen an. Er ist nicht derjenige, der eine neue Ordnung oder gar Weltordnung etablieren wird. Aber er ist sehr wohl in der Lage, die alte mit unglaublicher Kraft zu zerstören.“

¹ Torsten Riecke, „Bei Innovationen spielt Deutschland in der zweiten Liga“. Im Gespräch mit dem Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson, *Handelsblatt*, 14.2.2025.

² Thomas Mayer, In Hobbes' Welt, *Welt am Sonntag*, 16.2.2025.

³ Jens Münchrath, „Trump wird keine neue Weltordnung etablieren – kann aber die alte zerstören“. Interview mit dem Wirtschaftshistoriker Jonathan Levy, *Handelsblatt*, 7.2.2025.

„Trumps umrisshafter Friedensplan für die Ukraine ist das Zeichen einer neuen Zeit in der internationalen Politik. Einer Ära des Nationalismus und des Rechts des Stärkeren, in der am Ende nur drei scheinbar ebenbürtige Mächte das Sagen haben: Amerika, Russland, China. Trump steuert die Welt in gefährliche Zeiten“ befürchtet *Markus Bernath* in der *NZZ am Sonntag*⁴ und entwickelt verschiedene Szenarien, sollte es so weit kommen. Zum einen stelle sich die Frage, ob ein „Frieden ohne Werte“, der nicht auf einer regelbasierten Ordnung ruhe und in dem nur das „Faustrecht“ gelte, Bestand haben könne. Des Weiteren bestehe die Gefahr, ein Friedensschluss ohne Einbeziehung der Verbündeten werde die Spaltung der transatlantischen Gemeinschaft nach sich ziehen. Außerdem enthalte ein solcher Friedensschluss keine Rückversicherung für den Fall des Scheiterns, denn Trump vertrete die Ansicht, „Grossmächte reden auf Augenhöhe, teilen sich die Welt auf, sind Dealmaker. Verträge sind nicht für die Ewigkeit. Stimmen die Geschäftsbedingungen nicht mehr, können sie auch geändert, notfalls gebrochen werden. Alles eine Frage der Stärke.“ Zudem komme Trumps Friedensplan mit einem „Preisschild“ daher, was Europa zu denken geben sollten, denn der US-Präsident fordere von der Ukraine die Überlassung von Bodenschätzen zur Finanzierung der Friedenssicherung.

Chaim Noll äußert in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵ die Hoffnung, dass Donald Trump „das Ende der glücklosen Nahostpolitik der Präsidenten Obama und Biden“ besiegeln und die Politik in neuen Bahnen lenken werde, denn „sowohl in Israel als auch in den wohlhabenden arabischen Staaten der Region hofft man auf eine Anknüpfung an die in der ersten Amtszeit begonnene Politik der Abraham Accords“.

Trump betrachte die Außenbeziehungen aus dem Blickwinkel der Großmacht, eine Rückkehr zu einem Ansatz des 19. Jahrhunderts zur Friedenswahrung – nicht durch Bündnis und Kooperation, sondern durch das Ausbalancieren der schier konkurrierenden Kräfte, urteilt *Gerard Baker* in der *Times*⁶. Die Weltordnung werde nicht durch nebulöse gemeinsame Ideale aufrechterhalten, sondern durch pure Stärke. Auslandshilfe und Soft Power seien daher Luxusgüter, die sich vielleicht einst eine einzelne Supermacht erlauben konnte, die sich die USA aber in einer multipolaren Welt der Großmächte nicht mehr leisten könne. Zudem habe sich Europa zu lange auf Kosten der USA ausgeruht: „Instead of some American-led global liberal order, the world reverts instead to a condition captured by the Thucydides quote where ‚the strong do what they can and the weak suffer what they must‘. America must not merely concentrate on enhancing its power – by, for example, acquiring useful territory in its own hemisphere and jettisoning expensive commitments to unreliable partners.“

Atossa Araxia Abrahamian beschreibt im *Atlantic*⁷ Trumps Außenpolitik als nationalen Globalismus. Trump verfolge keine Politik der internationalen Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung, wie die Kürzungen bei USAID und die Seitenhiebe gegen die NATO deutlich machen: „Trump’s foreign policy treats the nations of the world less as sovereign, independent nations than as sites of arbitrage, evasion, and extraction. Call it ‚national globalism‘: the pursuit of extraterritorial space to advance American interests.“ Da er sich auswähle, nach welchen Regeln er spielen wolle – ausländische, inländische oder etwas dazwischen –, untergrabe der nationale Globalismus die demokratische Herrschaft und ersetze die Idee von ‚ein Land, ein Gesetz, ein Volk‘ durch Fragmente und Stückwerk. Der nationale Globalismus sei zudem auch schlau, er nutze Fremdartigkeit und territoriale Unbestimmtheit zu seinem Vorteil. Und keine Nation habe dies besser gemeistert als das Land, das Trump als Amerikas bedrohlichsten Konkurrenten ansehe – China mit seiner Seidenstraßeninitiative, seinen wirtschaftlichen Sonderzonen im eigenen Land sowie in anderen Ländern.

⁴ Markus Bernath, Der riskante Friede, *NZZ am Sonntag*, 16.2.2025.

⁵ Chaim Noll, Ende einer glücklosen US-Nahostpolitik, *NZZ*, 10.2.2025.

⁶ Gerard Baker, Why Trump prioritises Putin ahead of Nato, *The Times*, 13.2.2025.

⁷ Atossa Araxia Abrahamian, The New Globalism, *The Atlantic*, 18.2.2025.

In der Debatte: Sicherheit in Europa – Vom Partner zum Vasallen?

Jacques Schuster fordert in der *Welt am Sonntag*⁸, den Auftritt von US-Vizepräsident J.D. Vance auf der Münchner Sicherheitskonferenz als „Weckruf“ für Europa zu betrachten. Bedauerlich sei zwar, dass keine der beiden Seiten – der US-Vizepräsident oder der deutsche Bundespräsident – auf eine „öffentliche Brandrede“ oder „Zwischentöne“ haben verzichten können, aber dennoch sollte man Lehren aus den Äußerungen für die Sicherheit Europas ziehen: „Im großen Spiel der atomaren Supermächte Washington, Moskau, Peking scheint der US-Präsident Europa in die Rolle des zahlungskräftigen Vasallen zu zwingen, über dessen Kopf hinweg verhandelt wird, um ihm am Ende mitzuteilen, welchen Part er zu spielen und was er zu finanzieren habe. Die Europäer sind nun in einer Lage, die sie sich zwar aufgrund ihres jahrzehntelangen Wegduckens zum Teil selbst zuzuschreiben haben, die aber sämtlichen transatlantischen Traditionen zuwiderläuft. Europa kann diese Rolle nicht akzeptieren, vor allem, wenn dadurch die eigene Sicherheit gefährdet ist.“

J.D. Vance habe Europa mit „absurden Vorwürfen“ überzogen, konstatiert Detlef Esslinger in der *Süddeutschen Zeitung*⁹ und urteilt, die Rede sei ein reines Täuschungsmanöver gewesen, „ein Trick, den Populisten und Autoritäre seit Jahren anwenden, weil sie mit ihm beste Erfahrungen gemacht haben. Der Trick zeigt sich, wenn in Deutschland die AfD anderen Parteien ‚Hass und Hetze‘ vorwirft; oder wenn der methodische Lügner Donald Trump seriöse Medien ‚Fake News Media‘ nennt – oder Wladimir Putin die Regierung in Kiew ein Neonazi-Regime schimpft. Das Prinzip lautet: Wirf den anderen exakt all das vor, was du selber tust. Das verwirrt sie. Das bringt dich in die Offensive und deine Gegner in die Defensive. Das gibt dir Hoheit über die Begriffe. Eine Debatte wird nicht von dem gewonnen, der die besseren Argumente hat, sondern von dem, der die Begriffe besetzt.“

Der US-Vizepräsident habe in München „unbequeme Wahrheiten“ angesprochen, habe „auf pointierte Art den Finger in die Wunde“ gelegt, in dem er „demokratische Selbstverständlichkeiten“ geäußert und ein „flammendes Plädoyer“ für die Demokratie gehalten habe, merkt Andreas Rosenfelder in der *Welt*¹⁰ an: „Vance hat den Deutschen am 14. Februar 2025 in München eine Lektion in Demokratie erteilt. Sie täten im ureigensten Interesse gut daran, seine Rede als Stunde der Wahrheit zu erkennen, anstatt einen feindlichen Angriff daraus zu machen.“

„Die alte Ordnung in Europa und in der Welt zerfällt gerade. Und in einer multipolaren Welt, in der vor allem die Großmächte das Sagen haben, bleibt Europa nichts anderes übrig, als selbst zu einem Machtpol zu werden, der unabhängig ist von den USA. Und dazu gehört, dass der Kontinent neben den wirtschaftlichen nun auch ernsthafte militärische Muskeln entwickeln muss“ bilanziert Clemens Wergin in der *Welt*¹¹ mit Blick auf die Münchner Sicherheitskonferenz.

Das *Editorial* in der *Times*¹² merkt kritisch an, dass sich die Nato-Mitgliedstaaten, trotz deutlicher Signale aus den USA in den vergangenen zehn Jahren, man könne das militärische Engagement auf dem Kontinent nicht länger aufrechterhalten und gleichzeitig China im Pazifik die Stirn bieten, einfach weiterhin auf die kostenlose militärische Unterstützung verlassen hätten: „Europeans are being taught a painful lesson by Mr Trump’s transactional approach to diplomacy. He is in effect calling his allies’ bluff, warning that they rather than the US will have to protect a rump Ukraine and prevent it from becoming a vassal of Moscow.“ Man müsse sich

⁸ Jacques Schuster, Amerikas Verbündete sind keine Domestiken, *Welt am Sonntag*, 16.2.2025.

⁹ Detlef Esslinger, Der Wahnsinn hat Methode“, *SZ*, 17.2.2025.

¹⁰ Andreas Rosenfelder, Die Wahrheit des J.D. Vance, *Die Welt*, 17.2.2025.

¹¹ Clemens Wergin, Europa blickt in den Abgrund der eigenen Machtlosigkeit, *Die Welt*, 17.2.2025.

¹² The Times view on Ukraine and defence spending: Hard Power, *The Times*, 13.2.2025.

vor Augen führen, die Friedensdividende sei aufgebraucht und die Rolle Amerikas als wichtigster Garant der Sicherheit Europas, die seit 1946, als George Kennan die Eindämmungspolitik ausgearbeitet hatte, um dem sowjetischen Expansionsdrang entgegenzuwirken, eine geopolitische Frage sei, dem Ende entgegen gehe. Man brauche sich daher nicht der Hoffnung hingeben, diese Politik werde mit Trumps Ausscheiden aus dem Weißen Haus enden.

Im Gespräch mit dem *Handelsblatt*¹³ erklärt *Ian Bremmer*, „die mangelnde Bereitschaft der Europäer, Führung zu übernehmen“ erweise sich zunehmend als problematisch; es sei zudem vollkommen falsch, auf Drohungen Trumps mit „Appeasement“ zu reagieren, denn sichtbare Schwäche werde von ihm ausgenutzt, da er „Menschen, Institutionen und Länder, die nicht für sich selbst einstehen“ nicht respektiere: „Die Nato wird massiv unter Druck geraten, weil sich die Amerikaner zunehmend auf Asien konzentrieren werden. Da wird es eine klare Neuausrichtung geben. Europa muss diese Lücke dann füllen.“ Problematisch sei außerdem, dass Trump weder der Nato noch der Ukraine große Bedeutung beimesse, was sich bei den Friedensverhandlungen negativ auswirken könne.

Stefan Kornelius merkt in der *Süddeutschen Zeitung*¹⁴ an, das Telefonat Trumps mit Wladimir Putin habe das Ende der „Pax Americana“, der seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa geltenden und von den USA garantierten Friedensordnung, besiegelt: „Trump verabschiedet sich von einer Staatenordnung, die Souveränität akzeptiert. Er teilt mit Putin die Vorstellung von einer Großmachtspolitik [sic!], in der die Welt in Einflusszonen eingeteilt wird und das Recht der Stärke gilt.“ Die USA zögen sich aus der militärischen Verantwortung zurück und überließen die Sicherheitsgarantien für die Ukraine den Europäern, die damit überfordert sein dürften.

Im *Guardian*¹⁵ urteilt *Timothy Garton Ash*, „this so-called strongman is actually a weak man when it comes to confronting the hostile authoritarians of this world“. Trump hätte direkt nach seinem Amtsantritt mit Blick auf die Ukraine Putin gegenüber vollkommen unnötige Konzessionen gemacht, statt Stärke zu demonstrieren. Damit sei überdeutlich geworden, dass Trump nicht nur die Länder bedrohe, die den USA freundlich gesonnen seien, sondern sich auch den Feinden der USA an den Hals werfe. Europa müsse dringend zusammenstehen und der Ukraine Unterstützung bieten: „There’s one huge difference between Europe at the time of the original Munich and Yalta, and Europe now. Today’s Europe is rich, free, democratic and a closely integrated community of partners and allies. [...] But with a sufficiently determined coalition of willing and capable countries, definitely including Britain, Europe can still enable Ukraine to stabilise the frontline, hold up economically and eventually get to negotiate from strength, not weakness. That’s why this weekend’s Munich security conference must be the beginning of a European riposte to Trump’s Munich.“

„Europa ist in ernster Gefahr. Ein großer Krieg ist wieder möglich. Und anders als zur Zeit der Blockkonfrontation zwischen Ost und West können sich die Europäer auf den Schutz der USA nicht verlassen. Die nächsten Monate dürften darüber entscheiden, ob Russland in der Ukraine zumindest einen Teilsieg erreicht, nach Belarus vordringt und mit einer kampferprobten Armee an den EU-Außengrenzen steht“ konstatiert *Moritz Koch* im *Handelsblatt*¹⁶ und fragt, wie viele „Weckrufe“ noch benötigt würden, bis Europa sich zu einer Kehrtwende in der Sicherheitspolitik entscheiden könne. Die Rede von J.D. Vance sei „ebenso radikal wie ehrlich“ gewesen, um Europa werde es einsam, die Appelle zu einer Neuausrichtung der europäischen

¹³ Moritz Koch/Sebastian Matthes, „Europa wirkt schwach und das wird Trump ausnutzen“. Gespräch mit dem Politologen Ian Bremmer, *Handelsblatt*, 17.2.2025.

¹⁴ Stefan Kornelius, In nur 90 Minuten, *SZ*, 14.4.2025.

¹⁵ Timothy Garton Ash, Trump’s senseless capitulation to Putin is a betrayal of Ukraine – and terrible dealmaking, *The Guardian*, 15.2.2025.

¹⁶ Moritz Koch, Wie viele Weckrufe braucht es noch?, *Handelsblatt*, 17.2.2025.

Verteidigungspolitik verhalten bislang ungehört: „Das muss sich ändern. Europa ist stark genug, Russland in Schach zu halten. Die europäische Wirtschaftskraft übersteigt die russische um den Faktor zehn, der technologische Vorsprung ist mindestens genauso groß. In der zweiten Zeitenwende gilt es, dieses Potenzial endlich auszuschöpfen.“

Mit Blick auf Deutschland fordert *Christoph von Marschall* im *Tagesspiegel*¹⁷, Deutschland dürfe seine Sicherheit nicht mehr vernachlässigen und mit Blick auf Russland weiterhin auf „Appeasement“ setzen: „Ob sich das Muster von München 1938 wiederholt, hängt zum Gutteil von der nächsten Bundesregierung ab. Sie wird den Wehretat unverzüglich verdoppeln müssen auf gut drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Und sie wird Rüstungsfabriken aus dem Boden stampfen müssen. Denn sie kann die Waffen und die Munition, die sie für eine glaubwürdige Abschreckung braucht, nicht beliebig kaufen, weil sie nicht in ausreichender Menge produziert werden, nicht einmal in den USA.“

„Der liberale Westen zerlegt sich, die autoritären Regime in Russland und China triumphieren. Europa ist in den perfekten Sturm geraten, ohne dafür ausreichend gerüstet zu sein. Es fehlt derzeit sogar der Steuermann“ bilanziert *Berthold Kohler* in der *FAZ*¹⁸. Die Uneinigkeit der europäischen Staaten in Sachen Verteidigung und Sicherheitspolitik habe sie ins Abseits gestellt, Trumps Entscheidungen hätten sie unvorbereitet getroffen, „dabei war schon seit Trumps erster Amtszeit klar gewesen, dass er die Zuständigkeit für die Sicherheit Europas nicht länger bei seinem Land sah, sondern – was völlig richtig ist – bei den Europäern. Doch das freie Europa hatte sich lieber auf Onkel Sams schützende Hand verlassen. Als nach dem ‚Ende der Geschichte‘ diese doch weiterging und die Bedrohung aus dem Osten wiederkehrte, wollte man das lange nicht wahrhaben.“

Es sei immer klar gewesen, dass die USA die Europäer zwingen würden, einen größeren Teil der Kosten für ihre eigenen Sicherheit zu übernehmen. Die Frage sei nur gewesen, ob dies geordnet oder unter Zwang vonstattengehen würde. Da Europa den richtigen Zeitpunkt verpasst habe, müsse es sich mit Letzterem auseinandersetzen, merkt das *Editorial Board* der *Financial Times*¹⁹ an. Europa müsse nun handeln und zuerst einen Rettungsplan für die Ukraine auflegen sowie Sicherheitsgarantien entwickeln, um Russland vor einem erneuten Angriff nach einem Waffenstillstand abzuhalten. Und schlussendlich müssten die Europäer in die eigene Verteidigung investieren. Dies erfordere in erster Linie eine nachhaltige Erhöhung der nationalen Verteidigungsausgaben, wobei haushaltspolitische Rahmenbedingungen und Ausgabenprioritäten zur Schaffung von Freiräumen der Überarbeitung bedürften. Europa werde auch eigenständige Planungs- und Kommandostrukturen aufbauen müssen, idealerweise innerhalb der Nato, aber möglicherweise auch außerhalb des Bündnisses.

Der *Economist*²⁰ zeichnet ein düsteres Bild der Zukunft Europas, das in einem Albtraum gefangen sei, über dem Kontinent hänge auch die zersetzend wirkende Ungewissheit, ob die Beistandsgarantie der Nato weiterhin Gültigkeit besitze. Bislang bestehe die Reaktion auf die Äußerungen von Trump und seiner MAGA-Bewegung nur in einer defensiven Haltung. Drei Jahre nach der russischen Invasion habe Europa seine Militärausgaben nicht annähernd genug erhöht und sei weiterhin gefangen in einer überholten Weltanschauung, die auf der Gültigkeit multilateraler Verträgen und gemeinsamer Werte basiere. Kurzfristig brauche Europa einen einzigen Vertreter, der mit der Ukraine, Russland und Amerika spreche. Es sollte sein Embargo gegen Russland verschärfen, selbst wenn die USA die Sanktionen lockern sollten. Mittelfristig sei eine massive und kostenintensive Mobilisierung der Verteidigung erforderlich. Der Kontinent müsse sich neu aufstellen und schneller handlungsfähig sein, Gespräche sollten begin-

¹⁷ Christoph von Marschall, Appeasement gegenüber Putin, *Der Tagesspiegel*, 17.2.2025.

¹⁸ Berthold Kohler, Trumps Paukenschläge, *FAZ*, 14.2.2025.

¹⁹ Europe and the crumbling Atlantic alliance, *Financial Times*, 17.2.2025.

²⁰ How Europe must respond as Trump and Putin smash the post-war order, *The Economist*, 22.2.2025.

nen, wie die französischen und britischen Nuklearwaffen zum Schutz eingesetzt werden können: „All this sounds outlandish. NATO has been the world’s most successful alliance: its disappearance is hard to imagine. But the old things have passed away; all things have become new. Europe needs to face up to that before it is too late.“

In der *FAZ*²¹ plädiert *Nikolas Busse* für eine „Dosis Realismus“ in der künftigen deutschen Außenpolitik angesichts der sich verändernden Weltlage und der Tatsache, dass die Nato als Sicherungssystem einer ungewissen Zukunft entgegen gehe: „Aber sicher muss unser Land lernen, ein Verständnis für Machtpolitik zu bekommen. Oft scheitert die deutsche Außenpolitik schon an der Analyse: Man kann nicht gleichzeitig ‚Partner, Wettbewerber und systemischer Rivale‘ sein, wie es in der deutschen Chinastrategie heißt. Entweder man schafft ein Gegengewicht zu dem Land, oder man verbündet sich mit ihm. Aus genau diesem Grund ist die deutsche Russlandpolitik so kläglich gescheitert, Deutschland wollte beides. Bei der Wahl seiner Partner sollte man also vorsichtig sein, und bewährte Verbündete sollte man pflegen. Auch wenn er es uns nicht leicht macht: Das gilt auch für Amerika unter Trump.“

Thorsten Benner malt im *Handelsblatt*²² ein düsteres Zukunftsszenario: „Unter Donald Trump wird unsere Schutzmacht USA zunehmend zu einer feindseligen Macht. Deutschland und die EU befinden sich im Zangengriff von Trump, Putin und Xi. Sie kämpfen um Luft zum Atmen in einer Welt, in der die USA, Russland und China Europa als Beute betrachten.“ Die künftige Bundesregierung müsse daraus Konsequenzen ziehen und sollte zusammen mit Frankreich und Großbritannien Pläne entwickeln „für den Ausbau der eigenständigen nuklearen Abschreckungsfähigkeit Europas unter Beteiligung Deutschlands für den Tag X, an dem sich die USA auch nuklear zurückziehen“. Auch wenn eine Zusammenarbeit mit den USA – wo immer möglich – versucht werden sollte, wäre die Suche nach Verbündeten zum Aufbau einer „Gegenmacht“ sinnvoll, eine Hinwendung nach China allerdings „naiv“.

In der Debatte: Demokratie und Populismus

Im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau*²³ stellt *Marcel Lewandowsky* fest, Populisten versprechen ihren Anhängern, die „wahre Demokratie“ anzustreben, um damit auch die Angriffe auf demokratische Institutionen rechtfertigen zu können: „All das, was an Gewaltenteilung, an Langsamkeit in der Demokratie da ist, ziehen sie dafür heran, um zu zeigen, dass die Demokratie nicht funktioniert. Die Rechtspopulisten beschwören eine Demokratie, in der die Souveränität ihrer Wähler gegen alle Widerstände und Minderheiten durchgesetzt wird. So wurden dann etwa in Polen oder in Ungarn auch politische Reformen gerechtfertigt, die das Verfassungsgericht auf Linie bringen, die Gewaltenteilung aushöhlen und die Medien schwächen. Das ist eine illiberale Vorstellung von Demokratie.“ Multiple Krisen der Vergangenheit hätten zudem zu einem Zuwachs der Wähler populistischer Parteien geführt und diese Wähler seien keineswegs nur Protestwähler, sondern legten – gerade mit Blick auf die AfD – ein sehr loyales Wahlverhalten an den Tag. Die Versuche anderer Parteien, populistische Parteien zu schwächen, in dem sie deren Themen aufgriffen, seien eher zum Scheitern verurteilt.

Andreas Rosenfelder betrachtet in der *Welt*²⁴ die „gefährliche Macht“ der NGOs, die „nur die Fortsetzung der Regierungspolitik mit anderen Mitteln – beziehungsweise, was noch schlimmer ist, mit zweckentfremdeten Steuermitteln“ betreiben und sich „als Vertreter der Zivilgesellschaft und Retter der Demokratie ausgeben – obwohl sie faktisch Fortsetzungen des

²¹ Nikolas Busse, Überleben in der Anarchie, *FAZ*, 11.2.2025.

²² Thorsten Benner, Die Mächtigen lachen über uns, *Handelsblatt*, 20.2.2025.

²³ Florian Weber, „Man schwächt die AfD nicht, wenn man sich ihr annähert“. Gespräch mit dem Parteiforscher Marcel Lewandowsky, *Frankfurter Rundschau*, 18.2.2025.

²⁴ Andreas Rosenfelder, Eine gefährliche Macht, *Die Welt*, 12.2.2025.

Staatsapparates verkörpern“ würden. Nicht-Regierungsorganisation seien längst zu einem „Staat im Staat“ geworden und verhinderten „als militante Diskursblockierer und Status-Quo-Verteidiger dringend notwendige Reformen – sei es in der Migrationspolitik, in der Sozialpolitik oder in der Energiepolitik“.

„Aber wenn der Geist des Populismus erst mal aus der Flasche ist, dann kriegt man ihn relativ schwer wieder rein. Die totale Überaufmerksamkeit für ein Thema, das für die AfD zentral ist, schadet den Parteien der Mitte erheblich“ urteilt *Steffen Mau* im Gespräch mit der *Frankfurter Rundschau*²⁵ und sieht die Parteien in einer „programmatischen Schwächephase“ angekommen. Statt konstruktiver Ideen gebe es nur Polarisierung. Er merkt zudem an, dass die AfD immer extremer werde und man keine „Verbürgerlichung“ erlebe, wie etwa bei rechten Parteien in anderen europäischen Ländern.

Im *Spiegel*²⁶ befasst sich *Hedwig Richter* mit der „Mär von der guten Demokratie“. Diese bedürfe, solle sie dem Menschen nützlich sein, der Kontrolle: „Die Demokratie trägt immer die Möglichkeit der antiparlamentarischen Vereinfachung in sich, des Hasses auf Gewaltenteilung, auf den Rechtsstaat, auf Minderheitenschutz, der Verachtung für die revolutionäre, großartige Utopie von der Gleichheit aller Menschen. Die Demokratie birgt stets auch die Gefahr einer Tyrannei der Mehrheit, einer Herrschaft des Stärkeren und der Massen, die auf der Ungleichheit der anderen beharrt. Sie trägt das Potenzial zum Populismus, zum Autoritarismus, zum Faschismus in sich oder auch, wie jetzt in den USA, zum Bonapartismus, nun in seiner pornografischen Spielart.“ Dies erfordere ein schnelles Umdenken der Menschen, die eingreifen müssten, zum Erhalt der eigenen Freiheit, da die „Konterrevolution“ schon auf dem Weg sei: „Der Kampf zwischen Disruption und Gradualismus wurde bei den Wahlen in den USA für lange Zeit entschieden. Das zeitgleiche Scheitern des Scholzismus in Deutschland wirkt dafür wie ein Beleg.“

Janan Ganesh stellt in der *Financial Times*²⁷ die These auf, es werde nicht zur Schaffung eines transatlantischen Clubs der Rechten kommen, da zu große ideologische Unterschiede dies nicht zulassen würden und der Nationalismus in Europa auch immer von Paternalismus begleitet werde: „Not long ago, self-respecting European reactionaries almost defined themselves against the US, which they saw as both culturally imperial and culturally empty. Even in the cold war, when the alternative was communism, parts of the continental right stood aloof. At least US Republicans used to notice the snub, and mind. Now? No head of government in the EU is closer to China than Viktor Orbán of Hungary. Yet no head of government in the EU is more beloved of America's anti-China hard right. Whether this double game says more about his wiliness or the attention span of today's Republicans, it is a lesson in how differently a European populist can see geopolitics from an American.“

In der Debatte: Erinnerungskultur

„Die apokalyptische Zuspitzung einer dauernden Warnung vor ‚33‘ wird durch ihre Wiederholung nicht schärfer, sondern nutzt sich ab. Denn es ist nicht 5 vor 1933, sondern 92 Jahre danach. Keine Gesellschaft wird sich je in einen überwundenen historischen Zustand zurückbeamen. Und – das ist entscheidend – anders als damals haben wir in Deutschland die negative historische Blaupause immer vor Augen“ kontert *Florian Illies* in der *Zeit*²⁸ die wiederholten

²⁵ Markus Decker, „Die Rechtsextremen arbeiten sich in die Machtzentren vor“. Ein Interview mit dem Soziologen Steffen Mau, *Frankfurter Rundschau*, 30.1.2025.

²⁶ Hedwig Richter, Die Mär von der guten Demokratie, *Der Spiegel*, 1.2.2025.

²⁷ Janan Ganesh, American and European populism don't mix, *Financial Times*, 29.1.2025.

²⁸ Florian Illies, Nein. Es ist nicht 5 vor 1933, *Die Zeit*, 30.1.2025.

Warnungen, das Jahr 1933 drohe sich zu wiederholen. Dauernde Rückgriffe auf das 20. Jahrhundert seien wenig hilfreich, da die Gemengelage eine ganz andere gewesen sei: „Der permanente Versuch also, aus purer Angstlust die Phänomene von Donald Trump, Elon Musk oder der AfD mit den ‚angestammten‘ Deutungsmustern von 1933 zu verstehen, wird uns nicht weiterhelfen. Ja, suchen wir nach einer neuen Sprache, suchen wir nach neuen Antworten auf die bedrängenden, beängstigenden, bestürzenden Fragen unserer Gegenwart. Aber machen wir es uns nicht so bequem, dauernd das Schwarz-Weiß-Bild von 1933 zu beschwören.“

Im Gespräch mit der *taz*²⁹ erläutert *Jens Bisky*, Autor des Buches „Die Entscheidung. Deutschland 1929 bis 1934“, warum man die momentane Lage im Land nicht mit den Zuständen in der Endphase der Weimarer Republik vergleichen könne und merkt an: „Der Weimar-Vergleich ist umso erfolgreicher, je ungenauer er ist. [...] Vergleichen kann man alles, aber wer die Unterschiede übersieht, wird blind für die Gegenwart. Die AfD war eine Gründung bundesrepublikanischer Eliten aus der zweiten Reihe. Sie hat immer wieder versucht, sich als bürgerliche Partei zu inszenieren. Die Nazis verachteten die bürgerliche Welt. Die AfD unterhält keine Privatarmee wie die SA. Nachzudenken wäre darüber, warum es nicht gelungen ist, den Aufstieg der AfD aufzuhalten.“

Volker Weiß erläutert im Interview mit der *Zeit*³⁰ die von der Neuen Rechten betriebene „Geschichtsverdrehung“ und weist darauf hin, dass deren sprachliche Umdeutungen der Geschichte – etwa die der DDR zum „rechten Sehnsuchtsort“ zu stilisieren – Tradition hätten: „Ich halte diese Erzählungen für äußerst gefährlich, denn sie zielen auf Zerstörung. Die Rechte verwendet neuerdings gern den Begriff der Disruption. Sie will erst mal alles abreißen, alle Wahrheiten zu Meinungen erklären, das historisch gesicherte Wissen zerbröseln, um danach ihre eigene Wahrheit durchzusetzen. Der rechte Vordenker Götz Kubitschek will etwa den 8. Mai nicht mehr als Tag der Befreiung verstanden wissen. Und ja, ich hätte mir gewünscht, dass die Leute in schallendes Gelächter ausbrechen, wenn jemand Hitler einen Kommunisten nennt. Aber es wurde diskutiert.“ Er weist darauf hin, dass „Schlussstrich-Bedürfnisse in der ‚Mitte‘ weitverbreitet sind – gepaart mit einem gravierenden Mangel an historischem Wissen. Das erleichtert den Rechten ihr Zerstörungswerk.“ Er merkt warnend an, dass auch der Bildungsbereich in Gefahr und „Aufklärung“ dringend notwendig sei: „Wir werden das in den nächsten Jahren bei einer neuen Generation an den Universitäten erleben. Dazu kommen Bildungswerke wie die AfD-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung oder das Freiheitliche Bildungsinstitut der FPÖ, die eine rechte Gegen-Elite schaffen wollen. Von Kolleginnen und Kollegen an den Unis höre ich, dass es vor allem in der Alten Geschichte Leute gibt, die versuchen, völkische Narrative wiederzubeleben. Ich fürchte, das wird sich bis in die Zeitgeschichte fortsetzen.“

In der *Neuen Zürcher Zeitung*³¹ setzt sich *Andreas Scheiner* mit dem „Konstruktionsfehler in der deutschen Vergangenheitsaufarbeitung“ auseinander, was im Bundestagswahlkampf wieder deutlich geworden sei, im dem alle Seiten „ungeniert mit dem Holocaust hausieren“ gegangen seien und er zur „argumentativen Allzweckwaffe“ geworden sei: „80 Jahre lang hat sich Deutschland bemüht, einen Umgang mit seiner verbrecherischen Vergangenheit zu finden. Man hat Denkmäler gebaut und Stolpersteine verlegt, grosse Worte wurden geprägt: Gedenkkultur, Erinnerungspolitik, Staatsräson. Aber wie unverfroren nun in den politischen Debatten die Nazi-Verbrechen für die jeweilige politische Agenda instrumentalisiert werden, zeigt die Vergeblichkeit der Liebesmüh. Während die letzten Zeitzeugen wegsterben, verkommt die Shoah zur leeren Chiffre.“ Darin liege der „Konstruktionsfehler“ begründet, man habe sich nur mit sich selbst beschäftigt, sich nicht mit den Opfern auseinandergesetzt und kein Interesse

²⁹ Kersten Augustin, Wie Weimar ist die Gegenwart? Fragen an den Historiker Jens Bisky, *taz*, 15.2.2025.

³⁰ Christian Staas, „Der Goebbels-Sound ist wieder da“. Fragen an den Historiker Volker Weiß, *Die Zeit*, 13.2.2025.

³¹ Andreas Scheiner, Ein jüdischer Kanzler täte Deutschland gut, *NZZ*, 12.2.2025.

für das Judentum entwickelt. Sein Lösungsvorschlag: „Es braucht einen jüdischen Kanzler. Nicht, um deutschlandweit den Schabbes einzuführen. Oder weil die Wahl einer Jüdin oder eines Juden zum Regierungschef überfällig ist: Nach dem sechsmillionenfachen Mord wäre es das Mindeste gewesen. Nein, ein jüdisches Kanzleramt drängt sich auf, weil es den gordischen Knoten lösen könnte, an dem die deutsche Nation seit 80 Jahren zerrt.“

Nick Cohen betrachtet im *Jewish Chronicle*³² mit Unverständnis die Versuche, auch von Holocaust-Forschern, antisemitische Ausschreitungen nach dem Hamas-Massaker vom 7. Oktober 2023, zu bagatellisieren: „In academia there is an argument being conducted with polemical passion about how seriously we should treat threats to modern Jews. The loudest voices belong to those who insist that we need not treat them seriously at all. The old hatreds that led to Tsarist, Nazi, Communist and Arab persecutions are history, they tell us. Jews face mere isolated acts of violence that cannot begin to be compared with the systemic racism inflicted on others today.“ Paranoide Verschwörungstheorien – wie einst etwa durch die gefälschten Protokolle der Weisen von Zion verbreitet – seien keineswegs ausgelöscht worden und auch die Erinnerung an Pogrome im zaristischen Russland lebten wieder auf, betrachte man die heutigen Sicherheitsvorkehrung vor jüdischen Einrichtungen.

Im Gespräch mit der *FAZ*³³ setzt sich Matthias Neutzner mit der Erinnerung an den alliierten Luftangriff auf Dresden am 13. Februar 1945 im Lauf der Jahrzehnte und dessen wechselhafter Geschichte auseinander und stellt dabei fest: „Die Geschichte des öffentlichen Erinnerns in Dresden ist über diese acht Jahrzehnte hinweg von politischer Instrumentalisierung durch unterschiedlichste Akteure geprägt worden. Mittlerweile haben wir eine differenzierte Landschaft von Erinnerungskulturen, also mehr als Schwarz und Weiß. Nachdem um 2005 diese rechtsextreme Instrumentalisierung unerträglich wurde, hat die Zivilgesellschaft in einem mühevollen Prozess zusammengefunden, sodass man immer mehr die Deutungshoheit zurückgewinnen konnte. Das hat sich jetzt mit dem Erstarken der AfD noch mal ein Stück gewandelt. Die Herausforderungen sind jetzt anderer Art, es gibt diesen schrillen rechtsextremen Protest kaum noch, sondern eher öffentliche Gesten an der Grenze zum Geschichtsrevisionismus, zu Nationalismus und zu rassistischen Positionen. Das ist durchaus anschlussfähig für viele und weniger leicht zu demaskieren. Vieles, was in der Vergangenheit bereits aufgearbeitet, diskutiert und erreicht worden ist, müssen wir erneuern, damit uns diese Deutungshoheit nicht wieder verloren geht.“

Rezensionen

In seinem Buch **Friedrich Merz – Sein Weg zur Macht** beschreibe Volker Resing „akribisch“ sowohl die Stärken wie auch die Schwächen von Friedrich Merz, konstatiert Thomas Sigmund im *Handelsblatt*³⁴ und gehe dabei „detailliert“ auf die „drei Leben“ des CDU-Vorsitzenden ein.

„Die Analyse von Lafontaine und Wagenknecht als politisches Paar ist ebenso lesenswert wie erhellend“ urteilt Christian Zschke in der *Süddeutschen Zeitung*³⁵ über **Wut und Widerspruch. Wie Sahra Wagenknechts riskanter Kampf um Macht die Republik erschüttert: ein Bericht** von Andrea Maurer, die für eine TV-Dokumentation Sahra Wagenknecht ein Jahr lang begleitet hatte und als „Destillat daraus ein lesenswertes Buch“ erstellt hat.

³² Nick Cohen, Introducing the Holocaust historians who do not understand antisemitism, *The Jewish Chronicle*, 5.2.2025.

³³ Markus Wehner, „Die Luftangriffe waren nicht einzigartig“. Fragen an den Historiker Matthias Neutzner, *FAZ*, 11.2.2025.

³⁴ Thomas Sigmund, Bis heute eine Projektionsfläche für Konservative, *Handelsblatt*, 31.1.2025.

³⁵ Christian Zschke, Die Parteiwerdung der Sahra W., *SZ*, 10.2.2025.

Der von **Lukas Bormann** und **Manfred Gailus** herausgegebene „ausgesprochen materialreiche [...]“ Sammelband **Otto Dibelius. Neue Studien zu einer protestantischen Jahrhundertfigur** liefere „einen Baustein zur fehlenden Biographie“ und auch kritische Töne fehlten dort nicht, merkt *Martin Otto* in der *FAZ*³⁶ an.

„Als Einstieg in eine Beschäftigung mit dem politischen Thomas Mann ist sein Buch sehr zu empfehlen“ lautet die Einschätzung von *Jan Pfaff* in der *taz*³⁷ über **Was gut ist und was böse. Thomas Mann als politischer Aktivist** von **Kai Sina**, der in seiner „konzentrierten und gut lesbaren Darstellung“ die Entwicklung des „kaisertreuen Nationalisten Thomas Mann zum Kämpfer für die Demokratie“ anschaulich mache.

In **Churchill und die Deutschen. Eine besondere Beziehung** zeichne **Dietmar Pieper** das „vielschichtige Verhältnis Churchills zu den Deutschen“ nach und betrachte auch die Frage, ob sich der britische Premierminister mit Blick auf die Bombardierung von Dresden im Februar 1945 durch die britische Luftwaffe „der Kriegsverbrechen schuldig gemacht haben könnte – und das nicht nur nach heutigen Maßstäben“ stellt *Niklas Zimmermann* in der *FAZ*³⁸ fest.

Robert Shrimmsley konstatiert in der *Financial Times*³⁹ über **Get In: The Inside Story of Labour Under Starmer** von **Patrick Maguire** und **Gabriel Pogrund**, die Autoren machten deutlich, dass die politische Agenda, die Keir Starmer nach der Regierungsübernahme verfolge, völlig im Unklaren bleibe, ihm eine strategische Vision fehle und die eigentliche Hauptfigur der Regierung Kabinettschef Morgan McSweeney sei, der Labour zurück an die Macht geführt habe: „This is also the frustration with the book, though that is scarcely the fault of the authors. You do not come away with a clearer sense of what Starmer is about. The hole at the centre of the Labour project remains unfilled. The only clear project was to get back to power.“

Nicolas Kurzawa urteilt in der *FAZ*⁴⁰ über **Source Code – Meine Anfänge**, die Autobiografie von **Bill Gates**, in der er seine ersten 20 Jahre schildert: „Nicht nur Microsoft-Enthusiasten werden der Autobiographie etwas abgewinnen können, es lohnt sich eine Lektüre mit einer politischen Brille.“

Betina Anton schildere in ihrem Buch **Hiding Mengele: How a Nazi Network Harbored the Angel of Death**, mit dem sich *Roger Boyes* in der *Times*⁴¹ befasst ausführlich, wie Josef Mengele die Flucht aus Deutschland und das Untertauchen in Südamerika gelingen konnte: „Anton’s book is a vivid read. While Mengele’s crimes have been recorded before, his postwar life as a fugitive has never been tracked in such detail, and Anton has useful insights into the secretive exiled German communities of Argentina, Paraguay and Brazil that sheltered him. She has trawled through his letters and decoded them – most are now stored in a dusty room in Brazil’s national police academy – and interviewed at length the intrepid Mossad agent who came closest to catching him.“

Dan Stone befasst sich im *Telegraph*⁴² mit **Profits and Persecution** von **Peter Hayes**, der in seiner vielschichtigen Studie nachverfolgt habe, wie deutsche Unternehmen von der Arisierung jüdischer Betriebe profitiert haben und konstatiert: „[...] he not only summarises this literature and archival findings in fewer than 200 accessible pages but does so with compelling insights of his own“.

³⁶ Martin Otto, Umstrittener Bischof, *FAZ*, 14.2.2025.

³⁷ Jan Pfaff, Gegen den „Hakenkreuz-Unfug“, *taz*, 8.2.2025.

³⁸ Niklas Zimmermann, Hitler besiegt, Dresden zerstört, Adenauer geholfen, *FAZ*, 11.2.2025.

³⁹ Robert Shrimmsley, Get In – Starmer takes a supporting role in the Morgan McSweeney story, *Financial Times*, 7.2.2025.

⁴⁰ Nicolas Kurzawa, Auf Wettkampf und Erfolg geeicht, *FAZ*, 10.2.2025.

⁴¹ Roger Boyes, How Auschwitz’s Angel of Death escaped the Nazi hunters for decades, *The Times*, 13.2.2025.

⁴² Dan Stone, How big business cosied up to the Nazi regime, *The Telegraph*, 24.1.2025.

Im *Telegraph*⁴³ verweist *James Holland* auf **The Nazi Mind. 12 Warnings From History** von **Laurence Rees**, der in einer beängstigenden Studie nachweise, dass die psychologischen Tricks, derer sich die Nationalsozialisten in den 1930er Jahren bedienten, ihre Wirkkraft nicht verloren hätten: „And it was all achieved, Rees shows, through the convenient distance created by euphemism, and the collaboration of the political and apolitical, of intellectuals, ordinary men, opportunists – people, on the face of it, like you or me. This is a brilliant piece of work: learned, compelling and frankly terrifying. We have been warned.“

Jost Dülffer befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁴ mit der Darstellung **Zweite Karrieren. NS-Eliten im Nachkriegsdeutschland** von **Hans-Ulrich Thamer**, der versucht habe, „eine nur politische Geschichte dieser Eliten zu überwinden und zu einer ‚des politischen Handelns wie des Redens und des Schweigens über die NS-Vergangenheit‘ einbeziehenden Perspektive zu gelangen. Die genannten sektoralen Kapitel sind jeweils chronologisch und damit ähnlich aufgebaut. Vielfach geht er zeitlich in die reale NS-Karriere von Angehörigen der Nachkriegseliten zurück, verfolgt ihre Schicksale in der Zeit in den ersten Jahren nach 1945, sodann deren eigene Rechtfertigung und prüft die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Argumente. Das ist nicht originär recherchiert oder neu, sondern versucht aus der mittlerweile reichhaltigen Forschung durch Einzelfälle auch das Typische zu erfassen.“

Boris Pofalla stellt in der *Welt*⁴⁵ den von **Matthias Naumann** herausgegebenen Band **Judenhass im Kunstbetrieb. Reaktionen nach dem 7. Oktober 2023** vor und konstatiert: „Das Buch schildert das Erstarken antisemitischer Ressentiments in den Bereichen Literatur, Kunst, Film, Comic, Theater und Musik, es ist eine Bilanz der Ratlosigkeit und des Erschreckens. [...] Dass es am Ende gar nicht um mögliche Lösungen des Nahost-Konflikts geht, sondern um ein zeitgemäßes Ventil für Judenhass ist eine erschreckende Diagnose. Eins jedenfalls kann man nach der Lektüre dieses Sammelbandes nicht behaupten: dass man vom Wiedererstarken des Antisemitismus im Kunstbetrieb nicht gewusst hätte.“

Matthias Steinbach beschäftigt sich in **Hindenburg auf dem Kyffhäuser oder Wie entsorgt man deutsche Geschichte?** mit der wechselhaften Geschichte des 1939 in Thüringen errichteten Denkmals für Feldmarschall Paul von Hindenburg. *Eckart Conze* bilanziert in der *FAZ*⁴⁶: „Habent sua fata monumenta. Und über diese Schicksale lassen sich nicht nur Geschichten erzählen, sondern in ihnen spiegelt sich Geschichte, auch nationale, deutsche Geschichte in ihren Windungen und Wirrungen vom Nationalen über das Hypernationale und das vermeintlich Postnationale hin zum Neonationalen, vom Heroischen über das Postheroische zum Neuheroischen. [...] Kundig rekurriert er auf Nipperdey und Koselleck, stellt das Denkmal in weite assoziative Räume und historische Bezüge. Ein Exkurs zum Denkmal am Berg sei sein Buch. Exkurse sind immer schwierig.“

In seinem Buch **Das Deutsche Demokratische Reich. Wie die extreme Rechte Geschichte und Demokratie zerstört** nehme **Volker Weiß** „die gefährlichen Geschichtsnarrative der Rechtsextremen“ in den Blick und es gelinge ihm, „elegant, anschaulich und detailgenau, auf 230 kurzweiligen Seiten“ herauszuarbeiten, wie die AfD von der heutigen Geschichtspolitik profitiere, urteilt *Ronen Steinke* in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁷.

Florian Grotz macht in der *FAZ*⁴⁸ auf vier Publikationen aufmerksam, die veranschaulichen, welche grundlegenden Veränderungen sich in Deutschland seit 2021 vollzogen haben und was dies für die Politik einer künftigen Regierung bedeuten könne: **Deutschland-Monitor**

⁴³ James Holland, The poison Hitler deployed against defenceless Jews, *The Telegraph*, 23.1.2025.

⁴⁴ Jost Dülffer, Schweigen, leugnen, weitermachen, *SZ*, 17.2.2025.

⁴⁵ Boris Pofalla, Die „Tastaturterroristen“ des Kunstbetriebs, *Die Welt*, 6.2.2025.

⁴⁶ Eckart Conze, Der ausgegrabene Feldmarschall, *FAZ*, 1.2.2025.

⁴⁷ Ronen Steinke, Alternative Vergangenheit, 17.2.2025.

⁴⁸ Florian Grotz, Warum diese Wahl anders ist, *FAZ*, 18.2.2025.

2023. Gesellschaftliche und politische Einstellungen, herausgegeben von **Everhard Holtmann, Reinhard Pollak** und **Marion Reiser**; **The Changing German Voter**, herausgegeben von **Rüdiger Schmitt-Beck, Sigrid Roßteutscher, Harald Schoen, Bernhard Weißels** und **Christof Wolf**; **Wählermärkte. Wahlverhalten und Regierungspolitik in der Berliner Republik** von **Karl-Rudolf Korte** sowie **Glossar Gegenwart 2.0.**, herausgegeben von **Ulrich Bröckling, Susanne Krasmann** und **Thomas Lemke**.

In der *NZZ am Sonntag*⁴⁹ weist **Markus Bernath** auf das von **Steffen Dobbert** und **Ulrich Thiele** nach dreijähriger Recherche verfasste Buch **Nord Stream. Wie Deutschland Putins Krieg bezahlt** hin, in dem die Journalisten nachwiesen, „wie Deutschland Putins Krieg finanzierte. Für russisches Gas liess sich die Politik, vor allem die SPD, korrumpieren. Und Merkels Regierung ignorierte bis am Schluss sämtliche Warnungen.“

Franz-Stefan Gady gehe in seinem Buch **Die Rückkehr des Krieges. Warum wir wieder lernen müssen, mit Krieg umzugehen** der Frage nach, ob es im 21. Jahrhundert Parallelen zu den Kabinettskriegen des 18. und 19. Jahrhunderts gebe und bejahe dies. Diese sich abzeichnende „neue Ära bewaffneter Konflikte“ sei – so **Thomas Speckmann** in der *FAZ*⁵⁰ – eine „Folge des Machtverlusts der USA und eines neuen Technologieoptimismus“.

Alex Burghart weist im *Spectator*⁵¹ auf die Essaysammlung **The Challenges of Democracy and the Rule of Law** von **Jonathan Sumption** hin, in der der vormalige Richter darauf hinweise, dass das Recht in den falschen Händen auch zur Gefahr für die Demokratie werden könne und stellt fest: „Democracy and law need each other. Law has many defenders. Democracy has too few. We are fortunate indeed to have Sumption making the case for its defence.“

Die Ära Milei – Argentiniens neuer Weg von **Philipp Bagus** gebe Einblicke in die Gedankenwelt des argentinischen Präsidenten urteilt **Tjerk Brühwiller** in der *FAZ*⁵² und merkt an: „Wer eine kritische Auseinandersetzung mit dem Phänomen Milei erwartet, wird vom Buch enttäuscht. Der Autor zählt sich selbst zum Kreis der Verehrer Mileis, der wie er selbst ein Verfechter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie ist, einer Denkrichtung, die vom individuellen Handeln, subjektiver Wertschätzung und dem sogenannten Grenznutzenprinzip ausgeht und staatliche Eingriffe scharf ablehnt. Diese Innenansicht eines Gleichdenkenden macht das Buch zwar unkritisch, doch deshalb nicht weniger interessant.“

„**Dorothea Weltecke** blickt in ihrer beeindruckenden Geschichte der Religionen im Mittelalter weit hinaus über den Sonderfall der lateinisch-christlichen Traditionen“ urteilt **Dag Nikolaus Hasse** in der *FAZ*⁵³ über **Die drei Ringe. Warum die Religionen erst im Mittelalter entstanden sind**.

Supremacy. AI, ChatGPT and the race that will change the world von **Parmy Olson** lese sich „wie ein sehr ausführlicher, allerdings reichlich detailverliebter journalistischer Report mit Tendenz zum Thriller. Die Diktion ist amerikanisch und etwas gewöhnungsbedürftig. Große Teile des Buches sind deskriptiver Natur. Erst im absolut lesenswerten letzten Kapitel [...] findet die Autorin zu den im Vorwort skizzierten kritischen Reflexionen über Fluch und Segen der KI-Entwicklung unter den Fittichen einer Handvoll mächtiger Techkonzerne zurück“ urteilt **Robert Fieten** in der *FAZ*⁵⁴.

⁴⁹ Markus Bernath, Der grösste aussenpolitische Fehler seit dem Zweiten Weltkrieg, *NZZ am Sonntag*, 16.2.2025.

⁵⁰ Thomas Speckmann, Die Rückkehr der Kabinettskriege, *FAZ*, 4.2.2025.

⁵¹ Alex Burghart, Is the future of democracy in the balance?, *The Spectator*, 15.2.2025.

⁵² Tjerk Brühwiller, Libertärer Che Guevara, *FAZ*, 3.2.2025.

⁵³ Dag Nikolaus Hasse, Auf Lehrgebäude kommt es nicht an, *FAZ*, 31.1.2025.

⁵⁴ Robert Fieten, Rennen um die KI-Vorherrschaft, *FAZ*, 17.2.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ACDP

denise.lindsay@kas.de

Nur für den internen Gebrauch.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.